

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Jahr für die Gemeinschaft

**Beschluss des
Parteitags der Christlich-Sozialen Union
am 29./30. Oktober 2010 in München**

Leitantrag des Parteivorstands „Jahr für die Gemeinschaft“

Der Parteitag möge beschließen:

Der 75. Parteitag der CSU stimmt den Vorschlägen des CSU-Vorstandes für die Einführung eines „Jahres für die Gemeinschaft“ als Rahmen für eine einheitliche Gestaltung freiwilligen Engagements zu.

Im Einzelnen:

Die geplante Bundeswehrreform stellt uns vor eine große Herausforderung für die Zukunft des Zivildienstes und der bisherigen Ersatzdienste. Wir treten dafür ein, diese Herausforderung als Chance zu begreifen, um in Deutschland eine neue Kultur der Freiwilligkeit zu etablieren und neuen Schub für die Aktive Bürgergesellschaft zu entfachen. Wir wollen deshalb ein „Jahr für die Gemeinschaft“ als Rahmen für eine einheitliche Gestaltung freiwilligen Engagements einführen, so wie ein freiwilliger Dienst bei der Bundeswehr in ähnlichem zeitlichen Rahmen dieser Kultur der aktiven Bürgergesellschaft ebenso entspricht.

Eine neue Kultur der Freiwilligkeit aus dem Geiste der Aktiven Bürgergesellschaft

Starker Staat und Aktive Bürgergesellschaft gehören zusammen. Wir wollen, dass Deutschland ein starkes und solidarisches Gemeinwesen hat, in dem sich unsere Bürgerinnen und Bürger als Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Wir wollen den Staat nicht auf ein Dienstleistungsunternehmen reduziert sehen, an das der Bürger wie als Kunde lediglich Ansprüche anmeldet. Sondern der Staat ist unsere gemeinsame Aufgabe, die wir gemeinsam aktiv gestalten wollen.

Die Aktive Bürgergesellschaft ist die Antwort auf Tendenzen der Distanzierung zu Staat und Gemeinwesen. Das soziale Leben in Familie, Nachbarschaft, privaten Initiativen, Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften ist der Grundstock unserer Gemeinschaft. Es ist der falsche Weg, aus diesem funktionierenden sozialen Leben immer mehr Aufgaben und Bereiche herauszuverlagern und an den Staat zu delegieren. Es

ist ein Irrglaube, dass der Staat alles besser könnte und dass er das Miteinander und den unmittelbaren Kontakt in den kleineren sozialen Einheiten ersetzen könnte.

Die Aktive Bürgergesellschaft ist ein Kernthema der CSU. Sie fußt auf unserem christlichen Menschenbild. Weder ist der Mensch ein isoliertes Einzelwesen, noch geht er als bloßes Objekt im Staat auf. Sondern der Mensch gestaltet sein Leben, indem er sich aktiv in das soziale Miteinander einbringt. Das christliche Menschenbild ist damit der ursprüngliche Keim, aus dem sich die konservative, die liberale und die soziale Wurzel unserer Politik speisen. Die CSU ist daher wie keine andere Partei in der Lage, den Prozess der Aktiven Bürgergesellschaft voranzutreiben und zu gestalten.

Attraktive Rahmenbedingungen:

Damit sich möglichst viele Menschen für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheiden, brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen:

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der darf dadurch **keine Nachteile in Beruf oder Ausbildung** haben.

- Wir wollen, dass Berufstätige, die ihren Beruf für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ unterbrechen, für diese Zeit eine Arbeitsplatzgarantie haben.
- Wir wollen, dass Studierende und Auszubildende während des „Jahres für die Gemeinschaft“ ihren Studien- bzw. Ausbildungsplatz behalten und danach ihre Ausbildung unmittelbar fortsetzen können.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der darf dadurch **keine Nachteile in der Sozialversicherung** haben.

- Wir wollen, dass während des „Jahres für die Gemeinschaft“ ausreichender Sozialversicherungsschutz (Kranken- und Arbeitslosenversicherung) besteht.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bei der Rentenversicherung angerechnet wird.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der soll dadurch **Vorteile bei Ausbildung, Arbeitsplatz und beruflichem Fortkommen** haben.

- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen findet, wenn die geleistete Tätigkeit Aufschluss über die Studieneignung gibt. Hierzu sind Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, Ausbildungsträgern und der Wirtschaft zu treffen.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ auf Ausbildungszeiten in fachverwandten Berufen und als Praktikum in fachverwandten Studiengängen angerechnet werden kann.
- Wir wollen, dass junge Menschen, die ein „Jahr für die Gemeinschaft“ leisten, Erleichterungen bei Aufwendungen für Bildung und Ausbildung bekommen.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von bestimmten Stipendien finden kann.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Angebote zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung gemacht werden.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei Einstellungen und Beförderungen im Öffentlichen Dienst findet (als besondere Qualifizierung für die Ausübung der Tätigkeit in dem jeweiligen Bereich, unter Umständen auch generell als sekundäres Auswahlkriterium bei gleicher Eignung und Leistung).
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei Einstellungen und innerbetrieblichem Aufstieg in der Wirtschaft findet. Dazu sollen Bündnisse mit der Wirtschaft geschlossen werden.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, soll **zusätzliche Unterstützungsleistungen** erhalten.

- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Anspruch auf Aufwandsentschädigung und Fahrtkostenerstattung besteht.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherungsschutz besteht.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ staatliche oder staatlich geförderte Dienstleistungsangebote vergünstigt genutzt werden können.

- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ der Hauptschulabschluss im Wege des parallelen Zusatzunterrichts gemacht werden kann.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Infrastruktureinrichtungen der Bundeswehr mitbenutzt werden können, etwa zum Erwerb des Führerscheins.

Die Bereitschaft, sich für einen bestimmten Zeitabschnitt freiwillig für das Gemeinwohl zu engagieren, ist groß in unserer Gesellschaft. Jeder Dritte in Deutschland über 14 Jahre ist freiwillig oder ehrenamtlich tätig. In Bayern sind dies 3,8 Millionen Menschen. Bundesweit gibt es über 60.000 Zivildienstleistende, rund 37.000 engagieren sich in FSJ und FÖJ.

Ein „Jahr für die Gemeinschaft“ dient zugleich dem Gemeinwesen wie auch der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung der darin engagierten Menschen aller Generationen: Es schafft Lern- und Erfahrungsräume und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Junge Menschen lernen in diesem Dienst in besonderer Weise, Verantwortung für andere zu übernehmen. Sie erwerben persönliche, praktische, gesellschaftliche und soziale Schlüsselqualifikationen. Für benachteiligte Jugendliche entstehen durch die praktische Bewährung im Freiwilligendienst zudem Chancen des Einstiegs in ein geregeltes Berufsleben. Auch für ältere Menschen eröffnet freiwilliges Engagement die Chance auf sinnerfüllte Betätigung, in der sie der Gemeinschaft ihren Erfahrungsschatz und ihre Kompetenz weitergeben können.

Leitgedanken für das „Jahr für die Gemeinschaft“:

Das „Jahr für die Gemeinschaft“ soll von folgenden Leitgedanken geprägt sein:

1. Das „Jahr für die Gemeinschaft“ soll gleichwertige Bedingungen für alle freiwilligen Dienste bieten, also insbesondere in den Bereichen des bisherigen Ersatzdienstes (Zivildienst), des Katastrophenschutzes, des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres. Es richtet sich vor allem an junge Menschen, soll aber im Rahmen der Möglichkeiten Menschen aller Altersgruppen offen stehen. Es soll eine möglichst gleichwertige finanzielle und ideelle Anerkennung zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern gewährleisten.

2. Die unterschiedlichen Tätigkeiten und Träger im „Jahr für die Gemeinschaft“ sollen untereinander keine verdrängende Konkurrenz, sondern eine die vielfältigen Aspekte freiwilligen Engagements fördernde Ergänzung entfalten.
3. Die vorhandenen bewährten Strukturen des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres sollen ausgebaut werden. Künftig sollen alle Plätze, die die Träger von FSJ und FÖJ anbieten wollen, auch entstehen können. Dazu sollen neue Plätze in den Freiwilligendiensten vorrangig in diesen Bereichen geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, die bestehende Bundesförderung zu erhöhen, auch auf regional tätige Träger, und auf deutlich mehr Plätze als bisher zu erstrecken.
4. Der Bundeswehr ist die Möglichkeit zu geben, im Rahmen ihrer Reformbemühungen für vergleichbare attraktive Bedingungen innerhalb der Freiwilligendienste Sorge zu tragen.